

Berlin, 28.6.2017

Pressemitteilung

Mit Blick auf die richtungsweisende Bundestagswahl am 24. September wollen der Berliner Kreis und der Freiheitlich-konservative Aufbruch einen Beitrag dazu leisten, dass die Union auch die künftige Bundesregierung führt. Daher muss die große konservative Anhängerschaft ihre politische Heimat unmissverständlich in der Union verorten, und zweifelnde Wähler müssen sich wieder für unsere Politik begeistern. Die Union ist in einer breiten Aufstellung nur dann stark, wenn sie konservative Mitglieder und Stammwähler unmissverständlich an sich bindet.

Als überzeugte Christdemokraten fordern wir, die Zukunftsfähigkeit der Union als bürgerliche Partei zu sichern. Die Gründung zahlreicher konservativer Initiativen gerade in der letzten Zeit zeigt deutlich, dass unsere Forderungen von vielen Mitgliedern und Bürgern getragen werden. Der Freiheitlich-konservative Aufbruch ist eine breite bundesweite Bewegung der Unionsbasis, die mehrere tausend Menschen vertritt.

Wir treten für die Aufnahme der folgenden unter uns abgestimmten Positionen in das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU ein:

- Die Union muss die politische Kraft an der Seite der **Familien** Deutschlands bleiben. Der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit Familien mit ihren Kindern in unserem Land nach ihren Vorstellungen leben können. Wir fordern, dass die Wertschätzung für Familien und Familienarbeit wieder konkret bei den Menschen ankommt. Es muss echte Wahlfreiheit der Eltern zwischen Arbeit in der Familie und Arbeit im Beruf geben. Die Zukunft des Staates hängt ab von der Zukunft einer starken Familie. Kindererziehung, Familienmanagement und Pflege von Angehörigen müssen deutlichere Anerkennung erhalten und mit Erwerbsarbeit vereinbar sein. Familienarbeit darf nicht zu Altersarmut führen. Wir stehen klar zur Kennzeichnung der Institution Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau.
- **Gendermainstreaming** muss von den Lehr- und Ausbildungsplänen verschwinden. Staatlich geförderte Frühsexualisierung von Kindern ist eine Fehlentwicklung, die es entschlossen zu ändern gilt.
- Wir fordern, dass der **illegale Zugang nach Deutschland** unterbunden wird. Bei allen Diskussionen um Asyl und Einwanderung sind die begrenzte Leistungs- und Integrationsfähigkeit Deutschlands und seine eigenen Interessen zu beachten. Der bestehende gesetzliche Rahmen beim Asyl muss konsequent angewendet werden. Eine faire Kontingentlösung kann nur bei gesicherten EU-Außengrenzen funktionieren.

- Eine erste **Prüfung von Asylbegehren** soll **an der Grenze**, konkret in grenznahen Transitzoneen erfolgen. Es darf kein Illegaler mehr ohne gesicherte Identität, gesichertes Alter und feststehende Nationalität ins Land kommen. Anträge auf Asyl müssen zeitnah einer Entscheidung zugeführt werden.
- Die **Abschiebung** von abgelehnten Asylbewerbern, die Ausweisung von ausländischen Intensivstraftätern und potenziellen Gefährdern muss schnell und konsequent erfolgen. Falls Bundesländer hier weiterhin blockieren, muss eine zentrale Bundeszuständigkeit für Abschiebungen geschaffen werden. Beim Familiennachzug muss die Union konsequent bei einer restriktiven Linie bleiben.
- Der verbrecherische und oft auch tödlich endende **Menschenschmuggel** über das Mittelmeer muss unterbunden werden. Dazu müssen die Schmuggler aktiv bekämpft werden. Aufgenommene und gerettete Migranten sind direkt an die afrikanische Küste zurückzubringen oder in gesicherte, separate Transitzoneen an den Außengrenzen zu überstellen. Die Überstellung an das europäische Festland ist zu beenden.
- Wir fordern die Angleichung der **Sozialstandards für Asylbewerber** in den EU-Mitgliedsstaaten, um Anreize für eine einseitige Migration nach Deutschland zu vermindern.
- Der Parteitagebeschluss zur Wiedereinführung der Optionspflicht zeigt, dass wir mit unserer Forderung nach einer Abschaffung der **doppelten Staatsbürgerschaft** den Nerv unserer Partei getroffen haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies auch für unsere Wählerinnen und Wähler gilt und für unser Land die richtige Politik ist.
- Wir stellen fest, dass sich die **Türkei** unter Präsident Erdogan von dem Ziel eines **Beitritts zur Europäischen Union** verabschiedet hat. Auch nach unserer Auffassung passt diese Türkei nicht zu den Grundwerten der EU.
- Wir erwarten die konsequente **Einhaltung der europäischen Verträge**, insbesondere der Stabilitätskriterien von Maastricht. Die Vergemeinschaftung von Schulden und einen Ausbau der Haftungsgemeinschaft lehnen wir ab. Das **Subsidiaritätsprinzip** muss wieder konsequent umgesetzt werden. Für Staaten, die die Konvergenzkriterien nicht erfüllen, muss die Möglichkeit des Austritts bzw. Ausschlusses aus der Währungsunion geschaffen werden.
- Durch eine deutliche Verbesserung der personellen **Ausstattung und Ausrüstung der Bundeswehr** und der **Bundespolizei** muss unsere Äußere und Innere Sicherheit gestärkt werden.
- Unser **Grundgesetz** und unsere **Werteordnung** bestimmen die Grundregeln des gemeinsamen Lebens. Schule und Kindeswohl haben jederzeit Vorrang vor religiösen Regeln. Wir sind ein demokratischer Rechtsstaat, kein Gottesstaat. Religionsfreiheit findet dort ihre Grenzen, wo sie unsere grundgesetzlich gesicherten Menschenrechte verletzt. Auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist ein zentraler Wert unserer Gesellschaft.

Die Union ist die Partei der **Sozialen Marktwirtschaft**. Sie hat die Mitte der Gesellschaft im Blick mit den Arbeitern, Angestellten sowie den Selbstständigen und Unternehmern. Geht es den Betrieben gut und sichert sich Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, dann geht es den Menschen in unserem Land gut. Daher fordern wir:

- **Solide Staatsfinanzen** müssen Markenkern der Union sein. Wir wollen die öffentlichen Schulden nachhaltig reduzieren. Bund, Länder und Gemeinden müssen ein Drittel der Steuermehreinnahmen in die Tilgung alter Schulden fließen lassen. Dies ist die heutige Generation den Kindern und Enkeln schuldig.
- Die **steuerliche Entlastung** von Mittelstand, Arbeitnehmern und Familien mit Kindern, weil sie das Rückgrat von Wohlstand und Zukunftsfähigkeit sind.
- Die Entwicklung der **Energiepreise** muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Auge behalten und dazu beitragen, dass Unternehmen nicht ins Ausland abwandern. Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft und nicht vernichtet. Bei der Energiewende muss wieder stärker auf marktwirtschaftliche Prinzipien geachtet werden.
- Auf **Subsidiarität** als zentrales Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft ist bei allen Vorschlägen wieder stärker zu achten, zumutbare Risiken müssen z.B. in die **Eigenverantwortung** des Einzelnen übertragen werden.

Zahlreiche Veranstaltungen des Berliner Kreises und neu gegründeter konservativer Initiativen haben uns gerade in jüngster Zeit gezeigt, dass wir mit unseren Forderungen und Zielen unseren konservativen Stammwählern und Mitgliedern eine politische Heimat und Perspektive bieten können.

Verantwortlich: Alexander Mitsch, Dr. Christean Wagner